

**Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion
zum Haushalt der Gemeinde Jüchen 2013**

**Wir setzen langfristig auf den Erfolg unserer
Entwicklungsstrategie**

**Dr. Holger Tesmann, Fraktionsvorsitzender
Ratssitzung am 14. März 2013**

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zillikens,
meine sehr geehrten Damen und Herren im Rat und in der Verwaltung!**

An den Anfang meiner Rede möchte ich ein paar Fakten zur politischen **Realität der Gemeindefinanzierung in NRW** stellen. Denn einige Beiträge hierzu im Rat scheinen sich nach der Maxime zu richten: „Ich bestehe auf meinem Vorurteil. Verwirren Sie mich bitte nicht mit Tatsachen.“

Tatsache ist, dass die vergangene Regierung Rüttgers versucht hat, ihren Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Dagegen haben die Städte und Gemeinden erfolgreich geklagt. Noch heute muss das Land Rückzahlungen von insgesamt mehr als 2 Mrd € an die Kommunen leisten für das, was ihnen seinerzeit unrechtmäßig vorenthalten wurde.

Tatsache ist, dass mit der rot-grünen Regierung von Hannelore Kraft sofort umgesteuert wurde. Seit 2010 (7,6 Mrd. €), 2011 (7,9 Mrd €) und 2012 (8,4 Mrd €) wurden die Mittel zur Gemeindefinanzierung laufend erhöht und erreichen in diesem Jahr ihr bisheriges **Maximum mit 8,7 Mrd €**.

Tatsache ist, dass die Grunddaten und auch die **Berechnungssystematik zur Gemeindefinanzierung** von Rechts wegen angepasst werden mussten. Das von der Regierung Rüttgers in Auftrag gegebene Gutachten gewichtete insbesondere die Soziallasten der Kommunen höher. Dies war der politische Wille mit der Folge, dass eine Verlagerung der Schlüsselzuweisungen von ländlichen Kommunen zu großen Städten eintrat: Weil die Städte bei weitem die höheren Soziallasten zu tragen haben und nicht etwa, weil sie verschwenderisch die größten Schuldenberge aufgehäuft hätten! Die bei der Einbringung des Haushalts hierzu gezogenen abträglichen Vergleiche zwischen Jüchen und den Ruhrgebietsstädten halte ich, Frau Kämmerin und Herr Bürgermeister, für unredlich.

Tatsache ist weiterhin, dass die Soziallasten nach dem **Prinzip der Konnexität** zum großen Teil vom Bund und nicht von den Kommunen zu tragen sind. Aber erst 2011 konnten es die SPD-geführten Länder im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat erzwingen, dass der Bund die Kosten der Grundsicherung stufenweise bis 2014 übernahm. (In Klammern: Der nächste Schritt muss die Übernahme der Kosten für die Eingliederungshilfe sein.)

Tatsache ist, dass dadurch die Kommunen in NRW mit Entlastungen in Höhe von rund 800 Millionen Euro im Jahr 2013 und von mehr als 1 Milliarde Euro ab dem Jahr 2014 rechnen können. Diese Erstattungen muss das Land aber nicht noch einmal für die Kommunen aufbringen. Damit begründet die Landesregierung einen Vorwegabzug im Gemeindefinanzierungsgesetz, der dem **Stärkungspakt Stadtfinanzen** und damit dem harten Sanierungsprogramm für die überschuldeten Kommunen in NRW zugute kommt.

Es gibt endlich eine Strategie des Landes zum Wohle der Kommunen, um aus der Verschuldungsmisere herauszukommen! Das ist das politische Umfeld, in dem sich die Planung der Gemeinde bewegt. Wie sieht nun das ökonomische Umfeld aus? Für ein kritisches Bild vom Haushalt 2013 sind die folgenden Punkte wichtig:

1. Die Aufwendungen im Haushalt sind von 2010 (40,5 Mio €) nach 2011 (37,9 Mio €) erst gesunken und steigen nun wieder leicht an: 2012 (40,5 Mio €) und Plan 2013 (39,8 Mio €). Sie können damit aber insgesamt bei etwa 40 Mio € im Jahr stabil gehalten werden. Das bedeutet immerhin, dass mindestens die tarifliche Steigerung im Personalbereich und die inflationsbedingte Steigerung z.B. bei den Sachkosten kompensiert werden können (1 - 2 Mio €/a).

Das ist aber überwiegend nicht – wie in der Öffentlichkeit stolz verkündet wurde – den eigenen Konsolidierungsanstrengungen zu verdanken. Deren Beitrag soll nicht gering geschätzt werden, bleibt aber marginal (Plan 2013 240 T€). Der wesentliche Beitrag besteht in einem **Rückgang der Transferaufwendungen** in diesem Jahr um etwa 3 Mio € (minus ca. 18%). Das entspricht der Verringerung in der Summe aller Kreisumlagen.

Wer sich nun fragt, wie das möglich ist, nachdem wir noch in jedem Jahr die zu hohe Kreisumlage kritisiert haben, dem sei gesagt: Der Kreis – und nicht nur Ruhrgebietsstädte - erhält nach der neuen GFG-Berechnungssystematik um 78% höhere Schlüsselzuweisungen (insgesamt 21,4 Mio €), und das neue **Umlagengenehmigungsgesetz** verpflichtet den Kreis, größere Rücksicht auf seine Kommunen zu nehmen. Ihre Entlastung wird daher letztlich über das Land, vertreten durch den Regierungsbezirk, verfügt.

2. Auf der Ertragseite erhält die Gemeinde nach dem Einbruch bei den Gewerbesteuern in 2011 in diesem Jahr nun wieder **Schlüsselzuweisungen** des Landes (3,4 Mio €). Wenn Jüchen in der Vergangenheit Schlüsselzuweisungen erhalten hat, so lagen sie überwiegend bei 4 – 6 Mio €.

Der größte Posten bei den Erträgen, der die Finanzkraft der Gemeinde selbst betrifft, ist der stetig wachsende Anteil an der **Einkommensteuer** für die Gemeinde (Plan 2013 ist 9,4 Mio €, plus 11%). Das bestätigt die Ansiedlungspolitik der Gemeinde, und es muss in den aufgelegten Projekten der Stadtentwicklung (Dorfentwicklungskonzept), Wirtschaftsförderung (Einzelhandelskonzept) und Bildung (Schul- und Kita-Konzept) alles getan werden, um die Konditionen für den familiären Zuzug zu verbessern. Und es muss alles unterlassen werden, was diese Projekte behindern könnte.

Andererseits muss beim zweitgrößten Posten, der **Gewerbsteuer**, mit 7,5 Mio € ein um 2 Mio € niedriger Ansatz als im letzten Jahr eingeplant werden. Erfahrung macht klug! Man darf sich aber nicht damit entschuldigen, dass die Entwicklung gerade „der Gewerbesteuer nicht vorauszusagen ist“. Eine Voraussage wird ja gar nicht verlangt. Es geht stattdessen um eine gute Begründung der Prognose. In diesem Sinne war die Haushaltsplanung 2012 bei den Gewerbesteuern schlicht zweckoptimistisch. Der Landrat hat das Risiko bei ihrer Planung erkannt und in seiner Stellungnahme benannt und dennoch den Haushalt 2012 samt HSK genehmigt. Zweck erreicht! Aber die Mindereinnahmen von 2 Mio € ließen das Defizit 2012 auf 9 Mio € steigen.

Der dritte große Pfeiler unserer Finanzkraft sind mit 3,4 Mio € die **Grundsteuern**, die erst im letzten Jahr gegen unser Votum erhöht worden sind. In diesem Jahr weist die CDU darauf hin, dass sie keine Steuern erhöhen will. Das wäre aber auch ein starkes Stück! Der Anstieg bei den Grundsteuern sollte allein den Erfolg der Ansiedlungspolitik wieder spiegeln.

Neuerdings kommt der Haushaltsplanung eine Novellierung im NKF-Weiterentwicklungsgesetz vom September 2012 sehr entgegen. Schon die früher erfolgte Verdoppelung des Konsolidierungszeitraums auf 10 Jahre machte den Kommunen das Planen leichter. Nun wurde auch die **Dynamisierung der Ausgleichsrücklage** beschlossen. Sie darf zukünftig bis zu einem Drittel des Eigenkapitals betragen. Bisher lag der Wert bei etwa einem Zehntel. Damit rückt eine Genehmigungsverweigerung des Haushalts mit HSK-Zwangmaßnahmen durch den Landrat in weite Ferne und die Gemeinde gewinnt mehr Handlungsfreiheit.

Dennoch müssen die Konsolidierungsmaßnahmen konsequent fortgesetzt und die Bürger von einer angemessenen Beteiligung überzeugt werden, um das Angebot der Gemeinde im Wohnbereich und sozialen Umfeld, im Sport, in der Bildung und Erziehung, in der Verkehrsstruktur und Mobilität dauerhaft aufrechterhalten zu können.

Es gibt ein kleines Detail in der Ertragsplanung des Abwasserbetriebs, das mir sehr viel Vergnügen macht: In 2012 wurde die Eigenkapitalverzinsung von 5% auf 6,6% heraufgesetzt. Und doch sind die Gebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser - entgegen Ihren wütenden Behauptungen, liebe Kollegen von CDU und FDP – in 2013 genau so hoch wie 2010 mit einer kleinen Schwankungsdelle in den Zwischenjahren.

Es bleibt die schwere Aufgabe, die Ertragslage der Gemeinde nachhaltig zu verbessern.

3. Der Haushalt 2013 schließt ab mit einem **geplanten Defizit von 2,9 Mio €**. Ein ausgeglichener Haushalt wird erst für 2019 vorgerechnet. Von einem Abbau der Schulden kann auf lange Sicht keine Rede sein. In der vergangenen 7. Wahlperiode war die Gesamtverschuldung der Gemeinde schon um ca. 10 Mio € auf etwa 55 Mio € gestiegen. Wenn sich die jetzt gemachten Haushaltsprognosen für den Finanzplanungszeitraum bewahrheiten, wird in der 8. Wahlperiode die Gesamtverschuldung um weitere 12 Mio auf ca. 67 Mio steigen. Das sind etwa 38 % des 2011 bilanzierten Anlagevermögens und 110% des ausgewiesenen Eigenkapitals. Wann ist das Eigenkapital endgültig verbraucht und die Gemeinde überschuldet? Was muss getan werden, um gegen zu steuern?

Wir setzen langfristig auf den Erfolg unserer Entwicklungsstrategie.

Die in dieser Wahlperiode eingeleiteten Maßnahmen zur Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Personalentwicklung müssen unbeirrt weiter geführt werden und dürfen keinesfalls durch willkürliche Eingriffe der CDU/FDP-Mehrheit wie im letzten Jahr gefährdet werden. Die Maßnahmen nehmen vielfach unsere seit Langem gestellten Forderungen auf, erweitern sie, geben ihnen die planerischen Grundlagen.

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung haben inzwischen **personelle Priorität** bekommen. Der Haushaltsplan 2013 sieht endlich eine Techniker-Planstelle für ein **effizientes Energiemanagement** und den kommunalen Klimaschutz vor, der per Gesetz neu auf der Tagesordnung steht. Das ist für die Zukunft außerordentlich bedeutsam und hat unsere volle Unterstützung. Andere Kommunen haben in diesen Sektoren einen Vorsprung von 10 Jahren und mehr, was die Anstrengungen Jüchens im Wettbewerb mit ihnen nicht gerade erleichtert.

Die Gemeindeverwaltung baut ihre Kompetenz weiter aus und holt sich die fehlende Expertise und Professionalität zur Weiterentwicklung, wenn es nötig ist, auch von außen. Damit schüttelt das **Gemeindemanagement** eine jahrzehntelange, ihm auferlegte Fesselung ab. Noch in der unsäglichen Leitbild-Diskussion um „Jüchen 2020“, die wir hier im Rat vor Jahren geführt haben, scheiterte jede konkrete Zielsetzung an der Angst der konservativen Mehrheit, dass externe Experten ihnen das Heft aus der Hand nehmen könnten. Sie haben sich allzu lange wegen der aufgebürdeten Lasten durch den Tagebau beklagt und gewünscht, mehr vom Land und dem Bergbautreibendem entschädigt zu werden, als dass eigene Initiativen zur Entwicklung formuliert und voran getrieben wurden.

Die Gemeinde gibt nun 40 000 € aus, damit ein Planungsbüro ein **Dorfentwicklungskonzept für Hochneukirch/Hackhausen** erarbeitet. Gut angelegtes Geld! Es müssen und werden sich die Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen und ihre Wunschvorstellungen und Hoffnungen einbringen, die schon so lange – das ist aus den ersten Wortmeldungen heraus zu hören – ohne Antwort geblieben sind. Wir haben 2009 das Thema mit einem Symposium „**Die Zukunft des Adenauerplatzes in Hochneukirch**“ vor Ort aufgegriffen. Unser Antrag, in einem Werkstattverfahren mit den Bürgern und der Hilfe einer externen Moderation nach Lösungen zur Wiederbelebung des Markt-Umfelds zu suchen, wurde von der CDU-Mehrheit damals abgelehnt. Tenor der Begründung: „Wir wissen doch, woran es liegt.“

Es dauerte bis Anfang 2013, ehe das erweiterte Projekt eines Entwicklungskonzepts für das ganze Dorf an den Start ging. Früher konnte die neue Gemeindeverwaltung die personellen und finanziellen Mittel dafür nicht bereitstellen. Zum ersten Mal sollen nun durch ein externes Planungsbüro Datengrundlagen professionell erhoben und Maßnahmen daraus abgeleitet werden, um die Ortschaften bis ins Jahr 2030 und darüber hinaus zu entwickeln.

So richtig und wichtig auch individuelle Einzelwünsche dabei sind – hier ein zusätzlicher Parkplatz, da ein Blumenkübel, dort ein breiterer Bürgersteig – , so entscheidend ist **eine übergeordnete Planung** der Sanierung im Altbestand, der generationengerechten Verdichtung der Wohnbereiche und Ruhezonen im Zentrum, der Entlastung der Verkehrswege im Innenbereich und der Attraktivität für

Gewerbeansiedlung. Dieses Ziel zu erreichen, bedeutet Bauleitplanung, Investition und Förderung, kurzum: eine nachhaltige Veränderung, die alle wollen müssen.

Gemeindeverwaltung und Bürgerschaft Jüchens betreten hiermit Neuland. Die dabei mit Planungsbüro, Bürgerbeteiligung und Verwaltung gewonnenen Erfahrungen werden eine wertvolle Basis für anschließende städtebauliche Entwicklungsvorhaben sein. Und das sollte ab 2016/17 der Markt Jüchen und sein sanierungsbedürftiges Umfeld sein.

Für die Stadtentwicklung erfreulich ist auch das entstehende Nahversorgungszentrum im **Dreieck Bedburdyck – Stessen – Gierath** mit der benachbarten neuen Sporthalle. Die Kostenplanung der Halle war ohne Reserven und auf Kante genäht. Wir sind überzeugt, dass sich unsere permanente Forderung, die beschlossene Deckelung der Kosten bei 3,5 Mio € einzuhalten, positiv ausgewirkt hat. Wir von der SPD hätten die Halle wohl anders gebaut: z. B. ein Feld kleiner und dafür mit einer Dachkonstruktion, die eine Photovoltaik-Anlage tragen kann. Anregungen und Vorbilder dazu haben wir genug aufgezeigt. Immerhin: Die Wärmeversorgung der **Halle Gierath** wird jetzt im Contracting mit NEW gemanagt, damit sich das kostspielige Missmanagement am Blockheizkraftwerk des Schulzentrums nicht wiederholt.

Was aber für unseren Haushalt in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung ist, das ist die erst im letzten Jahr ins Gespräch gebrachte Organisationsform des „**Betriebs gewerblicher Art**“ (**BgA**) im Bereich des Sports. Die damit verbundenen Steuervorteile bedeuten allein für die Investition in die Gierather Halle ein Einsparpotenzial von rund 700 000 €! Man muss sich fragen, warum diese Möglichkeit erst so spät erkannt worden ist.

Für mich selbst lautet die Antwort: Sie ist mir bei meinen vielfältigen Recherchen mangels richtiger Zielsetzung nicht begegnet. Aber von einem führenden Sportfunktionär, der mit seinem Landesverband in permanentem informativen Austausch stehen sollte und sein Ohr ständig an die Nachrichtenwelt der Sportvereine halten müsste, sollte man einen derartigen Hinweis erwarten können. Und es zeigte sich, dass der Vorsitzende des Gemeindegewerkschaftsverbandes dem BgA-Modell anfangs ablehnend gegenüberstand, weil er für die Sportvereine auch geringfügige Belastungen ablehnte. Von einem Sachverständigen und Berater im Sportausschuss der Gemeinde, der er ist, erwarten wir aber, dass er erstens: sich selbst ausreichend informiert und zweitens: zwischen den berechtigten Interessen des Sports und der Gemeinde objektiv vermittelt.

Die **Wirtschaftsförderung** hat inzwischen ein professionelles Niveau erreicht, das wir immer angefordert haben. Wir haben lange genug hier im Rat mit Ihnen um die Erkenntnis gerungen, dass Wirtschaftsförderung etwas anderes ist, als Inserate aufzugeben, Anfragen von Investoren zu bearbeiten oder auf den glücklichen Zufall einer Gewerbeansiedlung zu warten. Wirtschaftsförderung ist Glücksache nur insofern, als dem gezielten Angebot der Gemeinde irgendwo im Unbekannten des Markts eine Nachfrage gegenüberstehen muss. Sie zu finden, ist zu 90% eine Angelegenheit systematischer Vorbereitung und planmäßiger Suche. Eine zeit- und arbeitsintensive Tätigkeit!

Glück muss man dann wohl noch haben, wenn bei mehreren gleichwertigen Angeboten die Wahl auf das eigene Angebot fallen soll. Aber so ist es geschehen – und ich sage das nicht ohne persönliche Genugtuung – bei der Akquisition von Investor und Betreiber für das **Seniorenheim in Garzweiler**, dessen Errichtung wir in diesem Jahr verfolgen können. Fast 100 neue Arbeitsplätze und damit Einkommen und Steueraufkommen vor Ort werden geschaffen.

Die Errichtung des Seniorenheims ist ein wichtiger Baustein in der **Ansiedlungspolitik**. Ihr Kern heißt „**Familienfreundlichkeit**“, und das meint insbesondere Fürsorge, Bildung und Erziehung. In diesen Kern soll die Gemeinde weiterhin investieren und hat darin unsere volle Unterstützung. Das betrifft sowohl die notwendigen Umbauten für die Sekundarschule und den Ganztagsbereich als auch die erforderlichen U3-Plätze in Kindertagesstätten sowie ihr Personal.

Es gibt ein neues, wenn auch lange vorhersehbares Thema, das in diesem Jahr aktuell geworden ist und das uns auf Jahre hinaus beschäftigen wird: Das **Klimaschutzgesetz**, das der Landtag im Januar verabschiedet hat und das die Kommunen zur Aufstellung eines **kommunalen Klimaschutzprogramms** verpflichtet. Ziel ist, die Treibhausgase in NRW um 25 % bis 2020 und 80% bis 2050 im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Das soll durch Energieeffizienz, Energieeinsparung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien geschehen. Eine bedeutsame Rolle spielt darin die „Aufforstung“ des Landes durch Windkraftanlagen. Was sich das Land dazu vorstellt, ist im Windenergieerlass vom 11.7.2011 ausgeführt. Die Landesregierung möchte den Anteil der Stromerzeugung durch Windkraft von derzeit knapp 4% auf 15% in 2020 steigern.

Die Verwaltung hat bereits ein Ingenieurbüro potenzielle Standorte in der Gemeinde über die bereits ausgewiesene Windkraftzone hinaus ermitteln lassen. Der Grund: Es sei angeblich zu besorgen, dass die landesweite Potenzialanalyse von NRW, die Jüchen auf 214 ha 19 Windkraftanlagen à 3 MW zuschreibt, eine Vorgabe darstelle, der man durch eigene Planung zuvorkommen müsse. Die kommunale Planungshoheit als ein Verfassungsrecht kann aber durch Landesvorgaben nicht eingeschränkt werden. Wir sollten hier nichts überhasten!

Der kurze Bericht des Ingenieurbüros wurde vor einer Woche im Planungsausschuss vorgestellt und soll bereits im April zu Entscheidungen führen. Aber es sollte vom Rat überhaupt erst einmal ein Energiekonzept beschlossen werden! Das **Energiekonzept als Teil des Klimaschutzprogramms** der Gemeinde hat einen wesentlichen Einfluss auf den Standort, die Entwicklung und nicht zuletzt auf den Haushalt der Gemeinde.

Die Gemeinde muss zuerst ihre eigenen Ziele definieren, so wie es andere Kommunen schon vorge-macht haben. Am weitesten verbreitet ist das **Konzept „100% EE“**, das beschreibt, auf welche Weise (Photovoltaik, Windkraft, Solarthermie, Wärmepumpe, Biogas und BHKW) ein möglichst hoher Anteil an dezentral erzeugter Erneuerbarer Energie den Eigenbedarf an Strom und Wärme abdecken kann. Darüber hinaus gehende Kapazitäten sind durch den Tagebau längst erstellt! Das zu formulieren, geht nicht ohne externe Hilfe und Förderung. Die Kosten wurden im Haushaltsansatz berücksichtigt. Gut so, aber warum muss jetzt bereits ein Einzelfall entschieden werden?

Die SPD wird zum Planungsausschuss im April einen Antrag einbringen, der die skizzierten Vorstellungen konkretisiert.

Was lässt uns Sozialdemokraten dem diesjährigen Haushalt zustimmen? Ich denke, es ist in meinen Ausführungen klar zum Ausdruck gekommen, dass wir die von uns vorgeschlagene Entschuldungsstrategie mehr und mehr zum Zuge kommen sehen. Die konzentrierte strategische Ausrichtung gerade in diesem Haushaltsjahr lässt hoffen und bestimmt die SPD Ratsfraktion, den Haushaltsplan 2013 zu billigen.

Und zum Schluss: Ein Satz in Ihrer Haushaltsrede, Herr Bürgermeister, hat mir gut gefallen (Zitat): **„Am erfolgreichsten sind wir, wenn wir Pläne gemeinsam umsetzen.“** Diesen Wunsch habe ich für die SPD in wohl allen meinen Haushaltsreden in verschiedenen Formulierungen immer wieder zum Ausdruck gebracht und tue es auch heute. Und zur CDU-Ratsmehrheit möchte ich sagen: Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrer Kanzlerin, die von der SPD-Opposition laufend die richtigen Themen übernimmt, sich abkehrt von alt-eingefahrenen konservativen Standpunkten und ihre eigene Partei damit schwindelig regiert. Wenn es denn dem Wohle der Bevölkerung dient!